

Es ist offensichtlich, daß dies nur auf dem Wege von Verhandlungen und nicht durch Anhäufung immer neuer Waffenberge erreicht werden kann. Realistisch handeln heißt schließlich, solche Vorschläge zu unterbreiten, die strikt vom Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, der Verhinderung einseitiger Vorteile oder gar einseitiger Überlegenheit ausgehen. Es ist nicht schwer, zu erkennen, daß die sozialistischen Staaten eine Reihe von Ideen und Vorstellungen kapitalistischer Staaten aufgegriffen haben. Ich erinnere an das bereits zitierte Moratorium, an die Bereitschaft der Sowjetunion, den geographischen Bereich vertrauensbildender Maßnahmen auszudehnen. Sollte dies nicht zu raschen und entschlossenen Schritten auch westlicher Staaten zur Friedenssicherung ennutigen?

Für die sozialistischen Staaten bedeutet der Kampf um den Frieden nicht zeitweiliges Taktieren; den Frieden zu erreichen war, ist und bleibt Lebensziel. Deshalb gehen die sozialistischen Staaten in dieser alles entscheidenden Frage auch mit allen Kräften zusammen, die an Frieden, Abrüstung und Entspannung interessiert sind. Der Frieden — das zeigen alle unsere Erfahrungen — muß erzwungen werden.

Die Stimme der Völker, die Aktion der Millionen vom Krieg bedrohten Massen kann und wird ihn erzwingen. Sie kann und muß die imperialistische Obstruktion bei den Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung, zum Beispiel in Wien, in Genf, bei der UNO und in Madrid, zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit überwinden.

Internationale Sicherheit war und ist für die DDR, für die sozialistischen Staaten nie auf militärische Sicherheit begrenzt, wenngleich Maßnahmen in diesem Bereich gerade heute unbestrittene Priorität besitzen, sie sind letztlich materielles Fundament für Frieden und Sicherheit. Sollen jedoch politische Entspannung bewahrt und der Frieden dauerhaft werden, sind Aktivitäten in allen Bereichen der zwischenstaatlichen Beziehungen notwendig. Das umfaßt den politischen Dialog, die auf gegenseitigen Vorteil gerichteten prosperierenden ökonomischen Beziehungen ebenso wie ergebnisreiche Zusammenarbeit im kulturellen, wissenschaftlich-technischen und in anderen Bereichen.

Nicht zuletzt diesem Ziel dienen die Besuche von Partei- und Staatsdelegationen der DDR in Staaten aller Regionen der Erde. Sie waren und sind anerkannte, Vertrauen schaffende und die Zusammenarbeit fördernde politische Initiativen. So verstehen unsere Partei, unser Staat die Politik der friedlichen Koexistenz.

Deshalb unterstützt die DDR zum Beispiel die Schaffung einer internationalen Wirtschaftsordnung, die auf Gleichberechtigung und Achtung der Souveränität beruht, so wie unser Staat daran mitarbeitet, internationale Grundsätze für die Arbeit der Massenmedien zu fixieren, um diese auf Frieden, Völkerverständigung und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu verpflichten. Aus seiner antifaschistischen Grundhaltung und Verantwortung heraus hat der sozialistische deutsche Staat in den Vereinten Nationen mit Erfolg die Resolution gegen die wachsenden faschistischen, neofaschistischen und rassistischen Aktivitäten initiiert.